照 Heidelberg

Kinder- und Jugendamt

Information gemäß Art.13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung

Im Rahmen der Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung und bei Inobhutnahmen verarbeitet das Kinder- und Jugendamt personenbezogene Daten. Hierbei legen wir großen Wert auf den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten. Nachfolgend erhalten Sie hier die nach Art.13 und 14 EU-DSGVO notwendigen Informationen. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an das Kinder- und Jugendamt; wir stehen gerne für ein Gespräch zur Verfügung.

| Verantwortlicher für | Stadt Heidelberg |
|------------------------|--|
| die Datenverarbeitung | Kinder- und Jugendamt |
| | Eppelheimer Straße 13 |
| | 69115 Heidelberg, |
| | Telefon: 06221 58-31510 |
| | E-Mail: jugendamt@heidelberg.de |
| Behördliche | Datenschutzbeauftragte der Stadt Heidel- |
| Datenschutzbeauftragte | berg Rohrbacher Straße 12 |
| _ | 69115 Heidelberg |
| | Telefon: 06221 58-12580 |
| | E-Mail: datenschutz@heidelberg.de |
| Zwecke der Datenver- | Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient der |
| arbeitung und Rechts- | Erfüllung des Schutzauftrages des Kinder- und Ju- |
| grundlage | gendamtes. Hierzu muss das Kinder- und Jugendamt bei |
| | gewichtigen Anhaltspunkten für eine Gefährdung des |
| | Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen die Situation |
| | abklären und eine Gefährdungseinschätzung vornehmen. |
| | Hierzu bedarf es Gespräche mit der betroffenen Familie |
| | und gegebenenfalls Dritten. Auch die Anrufung des Fami- |
| | liengerichts kann erforderlich sein. Ist die Gefahr für ein |
| | Kind nicht anders abwendbar oder bittet ein Kind um Inob- |
| | hutnahme, ist das Kinder- und Jugendamt gemäß §§ 42, 42a |
| | SGB VIII zur Inobhutnahme verpflichtet. |
| | Art. 6 Abs. 1 c), e), Abs. 3 DS-GVO i.V.m. §§ 61 ff SGB VIII, §§ |
| | 67ff SGB X, § 35 SGB I und Art. 6 a) DSGVO im Falle einer |
| | Schweigepflichtentbindung oder Einwilligung |

Kontakt- und Stammdaten der Eltern/Personen-Verarbeitete personenbesorgeberechtigten/ Kindes/Jugendlichen zogene Daten, diese kön-(Name, Vorname, Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, Enen insbesondere sein Mail-Adresse, Familienstand, Geburtsdatum und -ort) Rechtliche Verhältnisse (z.B. Elterliche Sorge, Umgangsrecht, Aufenthaltsstatus) Daten über das familiäre System und die Lebenssituation (Erzieherische Situation, Wohnsituation, Arbeitssituation, schulische Situation, finanzielle Situation, Gesundheit, Informationen über Verwandtschaft und Nachbarschaft etc.) ggf. Weitere die persönlichen Verhältnisse betreffenden Daten (Gerichtsschreiben, Gerichtsbeschlüsse, ärztlichen Stellungnahmen, Gesundheitszeugnisse, Schulberichte, Berichten aus Kinderbetreuungseinrichtungen etc.) Hilfen gem., 42, 42a SGB VIII: 10 Jahre nach Volljährigkeit des **Geplante Speicherdauer** Kindes Kindeswohlgefährdungen gem. § 8a SGB VIII: 10 Jahre nach Ablauf des Jahres, indem das letzte Schriftstück zum Vorgang geschrieben wurde An wen gegebenenfalls personenbezogene Daten übermittelt Empfänger oder Katewerden, hängt vom konkreten Einzelfall ab. Mögliche gorien von Empfängern der Empfänger*innen sind: Daten (Stellen denen Jugendhilfeeinrichtungen, ggf. Personen aus einem bestegegenüber die Daten ofhenden Hilfesystem (z.B. involvierte Beratungsstellen) fengelegt werden), diese Bildungs- und/oder Betreuungseinrichtungen können sein (Kita, Schule) Sachverständige/Gutachter, Familiengericht, Verfahrensbeistände Internationale Institutionen (Internationaler Sozialer Dienst) Personen aus dem Gesundheitssystem (Kliniken, Ärzte, Therapeuten, Hebammen, Anlaufstelle Frühe Hilfen am Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin Heidelberg, Krankenkassen) Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts (Andere Jugendämter, Sozialämter, Gesundheitsämter, Krankenkassen, Agentur für Arbeit / Jobcenter, Polizei, BAMF, Regierungspräsidium, KVJS, Bundesverwaltungsamt, Ausländerbehörden, Ordnungsamt) Andere Stellen der Heidelberger Stadtverwaltung (Wirtschaftliche Jugendhilfe, Jugendhilfe im Strafverfahren, Verwaltung/EDV, Rechtsberatung, Amt für Schule und Bildung, Amt für Soziales, Personalamt und OB-Referat bei Dienstaufsichtsbeschwerden) Unabhängige Sozial- und Verfahrensberatung der Wohlfahrtsverbände

| Übermittlung von perso- nenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine in- ternationale Organisation | keine |
|---|---|
| Rechte der Betroffenen | Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung der Daten, die Einschränkung der Verarbeitung und die Datenübertragbarkeit verlangen (Art. 17, 18, 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Heidelberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. |
| Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde | Sie können sich außerdem beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI), Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de beschweren. |
| Verpflichtung, Daten bereitzustellen; Folgen der Verweigerung | Das Kinder- und Jugendamt ist im Rahmen der §§ 8a, 42, 42a SGB VIII verpflichtet, den Sachverhalt zu unter- suchen. Sofern Familien hierbei nicht mitwirken, müssen die Informationen von Dritten erhoben werden. |